

Starke Kommunen für ein starkes Bayern

Rede von Dr. Paul Wengert, MdL
kommunalpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion,
zur Regierungserklärung von Staatsminister Herrmann

Bayerischer Landtag
13. Februar 2014

(Redemanuskript. Es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrte Frau Präsidentin,
Herr Ministerpräsident,
Herr Staatsminister Herrmann,
liebe Kolleginnen und Kollegen!

Sie haben, lieber Kollege Herrmann, eine Bilanz gezogen zur derzeitigen Lage unserer Kommunen und im Blick zurück auf manche positive Veränderung hingewiesen. Sie sind leider über eine Zustandsbeschreibung nicht hinaus gekommen, haben dabei aber vieles ausgeblendet, was eben auch Fakt ist. Ich sehe es als meine originäre Aufgabe als Sprecher aus der Opposition an, die andere Seite der Medaille, von der Sie uns gerade nur die glänzende Seite gezeigt haben, vorzustellen. Das bedeutet nicht, etwas schlecht zu reden, sondern das bedeutet, darauf hinzuweisen, wo es um die Kommunen schlecht bestellt ist und wo dringender Handlungsbedarf besteht. Wir sind der Anwalt der Kommunen und deswegen machen wir auch deren Ansprüche geltend.

Ein guter Hausvater und eine gute Hausmutter liebt alle Kinder, aber besonders die, die in besonderer Weise ihrer Hilfe bedürfen; von diesen Kindern war in Ihrer Erklärung leider nicht die Rede. Und was ich ebenso vermisst habe in Ihrer Erklärung, das sind kreative Ideen, Perspektiven, Visionen des Kommunalministers für die Zukunft unserer Städte, Gemeinden und Landkreise!

Natürlich gilt auch mein Dank allen Kolleginnen und Kollegen, die draußen im Land ehren- und hauptamtlich Verantwortung für unsere Kommunen tragen, oft genug von Sorgen geplagt werden, mit größtmöglichem Einsatz, ihrer ganzen Kreativität und Fantasie, mit Tatkraft und Energie jeden Tag aufs Neue dafür sorgen, dass sich die Mitbürgerinnen und Mitbürger wohl fühlen in ihrem Ort; die aber auch oft genug unberechtigter Kritik und

Anfeindungen ausgesetzt sind, weil sie eben zu Recht dafür stehen, dass die Summe der Einzelinteressen noch lange nicht das Gemeinwohl ausmacht!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, gemäß Art. 11 Abs.4 der BV dient „die Selbstverwaltung der Gemeinden dem Aufbau der Demokratie in Bayern von unten nach oben“.

Das mag der eine oder andere fälschlicherweise als Hinweis auf die hierarchische Unterordnung der Gemeinden im Staatsaufbau verstehen. Aber es heißt ja „Aufbau der Demokratie“ und nicht „des Staates“ und der Ministerpräsident hat in der Kabinettsitzung am 13. Januar dankenswerterweise erklärt, dass es der Staatsregierung wichtig sei, „den Kreisen, Städten und Gemeinden stets als Partner auf Augenhöhe zu begegnen“. Ich habe mich spontan gefragt: Ja was denn sonst? Als Gemeinde- und Kreisrat, Bürgermeister und Oberbürgermeister sowie langjähriges Mitglied des Vorstands des Bayerischen Städtetags habe ich das – vorsichtig ausgedrückt – nicht permanent so empfunden!

Dabei stehen unsere Kommunen vor gewaltigen Herausforderungen etwa des demografischen Wandels, der Sicherung der örtlichen Versorgung, der Daseinsvorsorge und der Energiewende, bei der ihnen der Ministerpräsident mit seiner windigen 10-H-Formel dicke Prügel zwischen die Beine geworfen hat; übrigens ohne vorher mit ihnen zu reden – so viel zur „Augenhöhe“ und zu der von ihm neuerdings beschworenen Koalition mit den Bürgerinnen und Bürgern! Erst in einigen Jahren wird man das ganze Ausmaß des Desasters erleben, das damit angerichtet wurde.

Art. 11 Abs. 4 sagt nicht weniger, als dass die Gemeinden das Fundament unserer Demokratie in Bayern sind. Aber dieses Fundament ist brüchig geworden, es hat tiefe Risse bekommen.

Im wörtlichen Sinn zeigt sich dies vielerorts beim Verfall der kommunalen Infrastruktur. Nach Berechnungen der KfW hat sich bei den deutschen Kommunen ein Investitionsrückstau von rd. 130 Mrd. Euro mit Schwerpunkt im Bereich Straßen- und Verkehrsinfrastruktur aufgebaut – leider auch in Bayern. Das DIFU kommt zu einem Investitionsbedarf ab 2006 gerechnet bis 2020 von über 700 Mrd. Euro.

Sagen Sie jetzt nicht: Das gilt aber nicht für Bayern. Das wäre eine fatale Fehleinschätzung. Auch in Bayern wurde über viele Jahre nur geflickt und improvisiert, weil für grundlegende Sanierungen kein Geld da war und ist. Kein früherer Bürgermeister oder Landrat unter Ihnen wird das leugnen!

Und längst werden die Defizite in unserer kommunalen Infrastruktur nicht mehr nur als Belastung für die Wirtschaft wahrgenommen, sondern auch von den Bürgerinnen und Bürgern als Beeinträchtigung ihrer Lebensqualität empfunden. Dass es in anderen Ländern schlechter ist, Herr Staatsminister, wird diese Bürgerinnen und Bürger kaum trösten! Die von Ihnen genannte Investitionsquote von knapp 22 Prozent ist ein Durchschnittswert.

Wenn der eine bei 10 Grad Minus friert, hilft es ihm nichts, wenn ein paar Hundert Kilometer weiter der andere bei 30 Grad in der Sonne liegt und der Meteorologe ihm dann unter Hinweis auf eine Durchschnittstemperatur von 10 Grad sagt, er solle sich nicht so anstellen...

Die Forderung – etwa des Deutschen Städte- und Gemeindebunds – den Solidaritätszuschlag zu einem Investitionsfonds für alle benachteiligten Städte und Gemeinden weiter zu entwickeln, kommt nicht von ungefähr und ist durchaus folgerichtig. Aber nicht nur der gewaltige Investitionsstau im kommunalen Bereich von schätzungsweise 8 bis 10 Mrd. Euro in Bayern sollte zu weiteren Anstrengungen motivieren, sondern auch die teilweise sehr hohe Verschuldung unserer Kommunen – und da beziehe ich die Landkreisebene ausdrücklich mit ein. Auch hier hilft es den Betroffenen nicht wirklich weiter, Herr Staatsminister, wenn wir in Bayern im Durchschnitt die zweitniedrigste Pro-Kopf-Verschuldung

aller westlichen Flächenländer aufweisen. Rechnen Sie mal die Landeshauptstadt München und die Speckgürtelgemeinden heraus oder nehmen Sie einmal den Durchschnitt der Gemeinden in Unter- oder Oberfranken, dann kommen ganz andere Zahlen heraus.

Auch vor der Struktur der kommunalen Ausgaben dürfen wir nicht die Augen verschließen. Hier wird ein weiteres Problem deutlich: Die kommunalen Investitionen werden seit vielen Jahren immer stärker durch die schnell wachsende Last sozialer Leistungen zurück gedrängt. Die Sozialausgaben der bayerischen Kommunen sind in den letzten zehn Jahren um 65 Prozent gestiegen, bei der Eingliederungshilfe um 70 Prozent und die Ausgaben der Kinder- und Jugendhilfe haben sich verdreifacht! Davon war in Ihrer Regierungserklärung leider nichts zu hören.

Derzeit investieren die Kommunen nicht einmal 50 Prozent der Summe, die sie für soziale Leistungen – 2013 waren das rd. 46 Mrd. € – aufwenden müssen.

Angesichts der Tatsache, dass von allen öffentlichen Investitionen normalerweise zwei Drittel von den Kommunen getätigt werden, ist das durchaus besorgniserregend. Nur aufgrund der Konjunkturpakete – und das haben Sie ja auch selbst eingeräumt – konnten die kommunalen Investitionen in den Jahren 2009 bis 2011 gegenüber den Vorjahren deutlich erhöht werden. Mit dem Auslaufen dieser Programme setzte aber sofort wieder ein gegenläufiger Trend ein. „Die kommunalen Investitionen, ein wichtiger Impulsgeber für die konjunkturelle Entwicklung in Deutschland, kommen nach wie vor nicht richtig in Tritt“, so der Städte- und Gemeindebund in seiner letzten Jahresbilanz.

Ein Hoffnungsschimmer ist das Bekenntnis der Großen Koalition zur Sicherstellung der Handlungsfähigkeit und eigenverantwortlichen Aufgabenwahrnehmung der Kommunen. Insbesondere die letzte Stufe der Übernahme der Grundsicherung im Alter durch den Bund und damit eine Entlastung i.H.v. 1,1 Mrd. € und die Entlastung im Rahmen des künftigen Bundesteilhabegesetzes im Umfang von 5 Mrd. € jährlich sowie die von unserem Landesvorsitzenden Florian Pronold maßgeblich ausverhandelte Erhöhung der Mittel für die Städtebauförderung von 100 auf 700 Mio. € jährlich tragen dazu bei, dass unsere Kommunen Handlungsspielräume zurück erhalten, um endlich wieder selbstbestimmt und selbstbewusst ihren Aufgaben nachkommen zu können.

Der Bund setzt deutliche Signale gegenüber den Kommunen, deshalb sollten auch in Bayern in einem angemessenen Zeitraum deutliche Verbesserungen für die Kommunen geschaffen werden.

Dreh- und Angelpunkt der nachhaltigen Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung in Bayern ist eine bessere Finanzausstattung der Kommunen. Gemeinden, Landkreise und Bezirke brauchen mehr finanziellen Gestaltungsspielraum und viele Kommunen müssen ihn erst wieder zurück gewinnen, um ihre vielfältigen Aufgaben etwa in der Daseinsvorsorge erfüllen zu können.

Der durch Volksentscheid vom 15.09. 2013 in die Bayerische Verfassung aufgenommene Passus „Der Staat gewährleistet den Gemeinden im Rahmen seiner finanziellen Leistungsfähigkeit eine angemessene Finanzausstattung“ darf kein schöner Programmsatz bleiben, sondern muss in die Praxis umgesetzt werden. Deshalb müssen für die Kommunen in Bayern strukturelle Verbesserung erreicht, wichtige Weichenstellungen vorgenommen und finanzielle Defizite bereinigt werden.

Der Freistaat ist deshalb gefordert, die Kommunen so zu stärken, dass sie dauerhaft handlungsfähig bleiben und ihr Leistungsangebot aufrechterhalten können. Erfolg kann die staatliche Förderpolitik nur haben, wenn sie landespolitisch als Querschnittsaufgabe verstanden wird.

Die SPD-Fraktion sieht vorrangigen Handlungsbedarf zur Sicherung zweier Grundvoraussetzungen für starke Kommunen in Bayern in Folgendem:

Die bewährte kommunale Daseinsvorsorge darf nicht angetastet werden. Gefährdungen durch die einseitige Liberalisierungspolitik der gegenwärtigen EU-Kommission kann und muss parteiübergreifend und im Schulterschluss mit den Bürgerinnen und Bürgern abgewehrt werden; das Beispiel Trinkwasser hat bewiesen, dass wir das schaffen können.

Um bei den aktuellen Verhandlungen zwischen der EU und den USA über ein Freihandelsabkommen sicherzustellen, dass die Daseinsvorsorge nicht unter die Räder kommt, sondern vollumfänglich in bewährter öffentlicher Hand bleibt, müssen Bundes- und Staatsregierung aktiv werden. Es gilt, schnellstmöglich die Aufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge in Deutschland präzise zu definieren und diese Definition gegenüber der EU-Kommission geltend zu machen. Genau dieses hat der Vertreter der EU bei seinem Vortrag im Bundes- und Europaausschuss am 4. Februar deutlich gemacht. Mit Genugtuung stelle ich fest, dass es die SPD-Fraktion war, die das Freihandelsabkommen zu seit November 2013 einem Thema im Bayerischen Landtag gemacht hat, sich aber von Ihnen, werte Kolleginnen und Kollegen der CSU, zunächst Panikmache und Alarmismus vorwerfen lassen musste. Diese Einstellung hat sich zum Glück relativ rasch geändert und ist einer durchaus kritischen Betrachtung der Verhandlungen gewichen, was auch aus dem von uns initiierten und schließlich einstimmig geforderten Bericht der Staatsregierung deutlich hervorgeht, ebenso wie aus dem Ergebnis der Befassung des Kabinetts in seiner Sitzung von Dienstag. Was wir dort vermissen ist allerdings eine klare Absage an das geplante Schiedsgerichtsverfahren. Und was Sie, Herr Minister, heute dazu gesagt haben, klingt jetzt ganz anders als das, was wir von Ihren Fraktionskollegen bei der Ausschussberatung anhören mussten!

Die zweite Säule für starke Kommunen in Bayern ist die dauerhafte nachhaltige Stärkung ihrer Finanzlage, um die kommunale Selbstverwaltung funktionsfähig zu erhalten und damit ein starkes Stück Demokratie zu bewahren.

Das bedeutet im Einzelnen:

Der kommunale Anteil am allgemeinen Steuerverbund muss stufenweise von aktuell 12,75 Prozent auf 15 Prozent erhöht werden, da frei verfügbare Mittel von besonderer Bedeutung für Städte und Gemeinden sind. Hier entfaltet sich kommunale Selbstverwaltung.

Wir brauchen mehr frei verfügbare Mittel für die Kommunen, denn dort weiß man am besten, wofür das Geld am besten eingesetzt wird. Daher sind wir für eine deutliche Erhöhung der Schlüsselzuweisungen im Verhältnis zur Gesamtsumme des Finanzausgleichs.

Der kommunale Anteil am Kfz-Steuerersatzverbund muss schrittweise auf die bis 2002 geltenden 65 Prozent erhöht werden.

Angesichts des deutlichen Anstiegs des Grunderwerbssteueraufkommens ist der Kommunalanteil daran angemessen zu erhöhen; denn die Länder konnten ihre Verluste aus dem Wegfall der Vermögenssteuer längst kompensieren.

Die Erstattungsquote bei der Schülerbeförderung ist nicht zuletzt wegen des gestiegenen Aufwands der Kommunen angemessen anzuheben.

Gemeinden mit erheblichem Investitionsstau müssen mit einem Investitionsförderprogramm wieder in die Lage versetzt werden, ihre Aufgaben aktiv und nachhaltig wahrnehmen zu können. Es kann doch nicht sein, dass Städte mit 13.000 oder 14.000 Einwohnern Investitionen von fast 100 Mio. Euro vor sich herschieben, ohne auch nur die entfernteste Aussicht darauf, diese jemals tätigen zu können. Wir brauchen daher für die nächsten 10 Jahre ein Infrastrukturförderprogramm in einer Größenordnung von 300-400 Mio. Euro jährlich, um damit die Kommunen in die Lage zu versetzen, dringend notwendige Investi-

tionen vor allem zum Substanzerhalt zu tätigen und ihre Handlungsfähigkeit wieder zurück zu gewinnen. Zudem stärken kommunale Investitionen den heimischen Mittelstand, sichern bestehende und schaffen neue Arbeitsplätze vor Ort.

Parallel zum staatlichen Schuldenabbau sind überschuldeten und strukturschwachen Kommunen durch die Einrichtung eines kommunalen Entschuldungsfonds in einer Größenordnung von mindestens 100 Mio. Euro jährlich Wege aus der Verschuldung zu eröffnen. Es kann nicht angehen, dass sich der Staat selbst entschuldet, viele seiner Kommunen aber am ausgestreckten Arm verhungern lässt!

Diesen Kommunen hilft wiederum Ihr Hinweis, Herr Kollege Herrmann, auf den Rückgang des Schuldenstands von 14,6 Mrd. € Ende 2008 auf 13,2 Mrd.€ Ende 2012 , also um 1,4 Mrd. € nicht wirklich weiter; ganz abgesehen davon, dass diese Zahl sehr trügerisch ist: denn von diesen 1,4 Mrd. € Schuldenrückgang entfällt allein auf die Landeshauptstadt München rd. 1 Mrd. (31.12.2008: 2.306 Mrd., 31.12.2012: 1.361 Mrd.)!

Und ich wäre ja auch gerne bereit, mich über jede schuldenfreie Gemeinde mit Ihnen zu freuen, wenn ich denn wüsste, dass dort auch die Infrastruktur in Ordnung ist und Schulden nicht in Schattenhaushalte verschoben wurden. Dazu habe ich von Ihnen leider nichts gehört.

Kommen Sie bitte jetzt bloß nicht mit Ihrem wohlfeilen Satz, die Opposition tue sich leicht im Fordern. Nein, wir tun uns nicht leicht damit; denn wir sind uns unserer Verantwortung für dieses Land mindestens genauso bewusst wie sie!

Aber wir wissen, was unsere Kommunen wert sind und uns wert sein müssen, wenn wir nicht eine Aushöhlung der Demokratie riskieren wollen, weil sich die Bürgerinnen und Bürger dort, wo sie nicht in einer begüterten Gemeinde zuhause sind, verlassen fühlen, obwohl sie wie alle anderen ihre Steuern entrichten, aber dafür in die Röhre schauen. Ihre Bemerkung, Herr Staatsminister, in jedem Ort Bayerns gebe es Zukunftsperspektiven, gerade für die junge Generation, wird ein frommer Wunsch bleiben, wenn Sie nicht wirklich aktiv werden und unsere Forderungen aufnehmen!

Und Bayern kann sich das für die Kommunen Notwendige auch leisten, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU!

Heben Sie endlich die Steuern ein, die dem Bayerischen Volk rechtmäßig zustehen und veruntreuen Sie nicht länger durch unterlassenen Steuervollzug das Geld der Bürgerinnen und Bürger Bayerns! Allein damit könnten wir einen Großteil der Maßnahmen, die ich genannt habe, finanzieren.

Und beweisen Sie Solidarität mit dem Teil der Kommunen, der dringend darauf angewiesen ist, reduzieren Sie die Geschwindigkeit des staatlichen Schuldenabbaus zugunsten des Schuldenabbaus unserer Kommunen.

Und noch eine Bemerkung zur „Rekordsumme“ des kommunalen Finanzausgleichs in 2014: Vergleichen Sie doch bitte nicht nur die Zahlungen von 2014 mit denen von 2008, sondern auch die Steigerung der Steuereinnahmen in dieser Zeit: Und dank dieser sind die Kommunen entsprechend höher zu beteiligen. Tun Sie doch bitte nicht so, als sei das ein großes Entgegenkommen des Freistaats, was in Wirklichkeit nur gesetzlich verankerte Folge des erhöhten Steueraufkommens ist!

Zwar heißt es „Zum Golde drängt's, am Golde hängt's“; aber dennoch macht bekanntermaßen Geld allein nicht glücklich!

Wir halten weitere Maßnahmen für erforderlich, um die Kommunen angesichts der aktuellen Herausforderungen handlungsfähig zu erhalten bzw. zu machen.
Dazu gehören:

In der Energiepolitik endlich die Erstellung eines Masterplans mit – Herr Ministerpräsident - verlässlichen Rahmenbedingungen für die künftige Energieversorgung Bayerns, die von Ihnen nicht alle paar Wochen umgemodelt werden, sowie die konstruktive Förderung regionaler Energiekonzepte. Da die Windkraft das größte Potenzial zur Umsetzung der Energiewende in Bayern hat, darf ihre bestmögliche Nutzung nicht weiter be- oder gar verhindert werden. Vielmehr muss es Kommunen und Regionalen Planungsverbänden möglich sein, lokale Windkraftkonzepte zu verwirklichen. Sie haben mit Ihrer Politik zur Windkraft ein beispielloses Chaos in unserem Land angerichtet, Herr Ministerpräsident. Sie haben alle, die mit größtem Eifer und viel privatem Geld daran gegangen sind, das von Ihnen propagierte Ziel von 1500 Windrädern in Bayern zu erreichen, vor den Kopf gestoßen. Die Verhinderung der Genehmigung von genehmigungsfähigen Projekten im Hinblick auf ein Gesetz, das es noch gar nicht gibt, ist rechtswidrig und willkürlich und wird Ihnen noch böse auf die Füße fallen.
Vielleicht ist das ja auch der Grund dafür, dass Ihr Innenminister zum Punkt Energiewende und Kommunen sprachlos geblieben ist – und hier beredtes Schweigen gezeigt hat. Nicht ein einziges Wort haben wir dazu gehört.

In der Bildungspolitik brauchen wir ein stärkeres Engagement des Freistaats für den Erhalt wohnortnaher Schulen als essentiellen Bestandteil unserer Gemeinden, die Errichtung von Gemeinschaftsschulen, die wirkliche Förderung von gebundenen Ganztagschulen, die Streichung des Eigenanteils der Kommunen und mehr Schulsozialarbeiter; und wir brauchen nicht weniger, sondern mehr Lehrer!

In der Familienpolitik ist eine Ausweitung der staatlichen Fördermittel für eine qualitativ hochwertige und bedarfsdeckende Infrastruktur für Kinderbildung und Kinderbetreuung unerlässlich; nicht noch mehr Transferleistungen, sondern Anerkennung und Wertschätzung der Menschen mit Kindern und bedarfsgerechte Betreuung wird die Lust auf Familie stärken!

In der Politik für behinderte Menschen ist ein wesentlich größeres Engagement, eine größere staatliche Unterstützung bei der Umsetzung der Inklusion unter klarer Beachtung des Konnexitätsprinzips inkl. eines Sonderinvestitionsprogramm für bauliche Veränderungen zwingend erforderlich; ob das Programms „Bayern Barrierefrei 2023“ für die Mobilität wirklich von großer Bedeutung ist, wie Sie in Ihrer Regierungserklärung sagten, muss erst noch bewiesen werden: Noch scheint es das Geheimnis des Ministerpräsidenten zu sein, was sich hinter diesem Programm verbirgt, nichts Genaues weiß man jedenfalls nicht...bis jetzt verharren Sie in reiner Ankündigungspolitik.

In der Wohnungsbaupolitik brauchen wir mehr Unterstützung bei der Versorgung der Bürger mit Wohnraum; leider haben Sie alle unsere Anträge dazu und insbesondere zur Förderung des Genossenschaftsgedankens abgelehnt; dabei hat gerade dieser in der größten Wohnungsnot nach den Weltkriegen beste Ergebnisse erzielt; einer Erhöhung der Mittel für die Wohnraumförderung stimmen wir gerne zu, Zeit wird's!

In der Verkehrspolitik sind zusätzliche Fördermaßnahmen zur Verbesserung der Mobilität, insbesondere im Bereich des ÖPNV und SPNV unumgänglich, da sind wir uns offenbar zwischenzeitlich einig.

In der Infrastrukturpolitik brauchen wir nicht nur eine flächendeckende Förderung des Breitbandausbaus durch einen höheren Mitteleinsatz, sondern endlich eine – von Ihnen, Herr Kollege Herrmann endlich angesagte – deutliche Vereinfachung des sonderbaren bayerischen Genehmigungsverfahrens; von „gleichwertigen Lebensverhältnissen“ in einem „digitalen Bayern“ sind wir aufgrund der massiven Versäumnisse der CSU-Staatsregierung in der vorletzten Wahlperiode noch meilenweit entfernt. Da hat einer den Knall nicht gehört, Herr Kollege Erwin Huber!

In der Regional- und Strukturpolitik sind eine Neuformulierung des Landesentwicklungsprogramms sowie wirksame Maßnahmen erforderlich, die der demografischen Entwicklung Rechnung tragen und helfen, die regionalen Disparitäten in Bayern zu beseitigen;

In der Zuwanderungspolitik brauchen wir eine wirksame und nachhaltige Unterstützung der Kommunen bei der Lösung von Fragen der Integration.

In der Gesundheitspolitik sind wirksame Maßnahmen zur Sicherung einer flächendeckenden haus- und notärztlichen Versorgung und einer wohnortnahen Krankenhausversorgung dringend erforderlich; bei der Krankenhausförderung muss der kommunale Anteil entfallen.

In der Verwaltung müssen Überregulierungen, insbesondere in Genehmigungs- und Zuschussverfahren endlich beseitigt werden; denn sie erschweren den Kommunen den täglichen Aufgabenvollzug ungemein.

All das muss jetzt beherzt angepackt werden. Sie werden uns dabei an Ihrer Seite sehen.

Denn:

Unsere Kommunen zu stärken, heißt Bayern stärken und unsere Zukunft sichern!